

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
I. S. U. Meyer  
Telefonnummer: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Telefonnummer: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund bester Zerkleinerung möglich. Abdruckung bedarf 4 Wochen  
vor dem Druckanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Größtmöglicher für beide Seiten ist Text.

Berlin, den 5. Sept. 1931

Int. Inst. Soc.  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Der russische Pferdefuss.

(Von unserem Berichterstatter.)

SPD. Haifa, Anfang September (Eig. Ber.)

Es gibt kaum ein besonderes Ereignis mehr in der Politik des Mittleren Ostens, in dem am Ende nicht der russische Pferdefuss sichtbar wird. Die Anlässe, die Russland Gelegenheit geben, seine dunklen Geschäfte zu besorgen, sind häufig genug. Schuld hieran trägt neben der Dividendenpolitik der in den sogenannten Kolonialländern mit europäischem Kapital arbeitenden Gesellschaften, die Unfähigkeit und der Mangel an Psychologie der verschiedenen Verwaltungsbehörden, die immer noch nicht den Sinn der Zeit begriffen haben und die in ihren Untertanen nichts anderes sehen als gefügige Eingeborene. In sämtlichen Mandatsländern des Mittleren Ostens ist es aus Gründen dieser Art zu einer Reihe von Vorfällen gekommen, die in ihrer Ursache und Wirkung einen so einheitlichen Charakter tragen, dass sie als der Ausdruck einer tiefgehenden über den im Orient noch so stark vorhandenen Gegensätzen von Rasse und Religion stehenden Bewegung angesehen werden müssen. Sie sind die Konsequenz der schweren wirtschaftlichen Not, in der sich die gesamte Welt des Ostens befindet und die sich von dieser Not durch die Anwendung bisher unbekannter Mittel zu befreien sucht. Russland hat diese Stimmung schnell erkannt und sich ebenso schnell zunutze machen können, weil die Sowjetregierung im Laufe der letzten Jahre sich an allen wichtigen Punkten ein ausgezeichnetes Netz von Beobachtern und politischen Agenten geschaffen hat. Moskau ist über die leiseste Bewegung der Massen des Ostens vorzüglich unterrichtet und mit Hilfe seiner die Landessprachen beherrschenden und mit den örtlichen Verhältnissen genau vertrauten geheimen Agenten jederzeit in der Lage, aktiv in die Ereignisse einzugreifen und durch eine den jeweiligen Umständen angewandte Taktik seinen Gegnern dauernd Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Die russische Hand ist deutlich in dem Boykott sichtbar gewesen, den die syrischen Nationalisten gegen die Preispolitik der Strassenbahn-Gesellschaften und Elektrizitätswerke kürzlich mit Erfolg durchgeführt haben. Ohne eine aus dem bolschewistischen Lager stammende geistige Leitung und ohne reichliche aus der gleichen Quelle fließende unterirdische Fonds hätten die der Praxis eines modernen Streiks unkundigen Syrer niemals mehrere Wochen durchhalten können. Ähnlich geschickte und im Dunkel arbeitende Persönlichkeiten haben die Regie des passiven Widerstandes gegen die von der Regierung geplante Einkommensteuer in Bagdad geführt, die sehr leicht zu einer Krise des gegenwärtigen Systems im Irak hätte führen können, wenn die Regierung auf Kosten ihrer Autorität im letzten Augenblick nicht eingelenkt hätte.

Das gleiche Spiel hat sich neuerdings in Palästina wiederholt, wo ein geplanter Streik der jüdischen und arabischen Chauffeure im letzten Moment durch ein sehr zahmes Kompromiss beigelegt werden konnte, obwohl seine eigentlichen Ursachen nicht beseitigt sind und zu jeder Zeit neue Verwicklungen hervorrufen können.

Ein Erwerbszweig, der in Palästina in den letzten Jahren einen erstaunlichen Aufschwung genommen hat, ist der des Chauffeurgewerbes. Seine Entwicklung verdankt er in der Hauptsache den falschen und unwirtschaftlichen Methoden der palästinensischen Eisenbahnverwaltung. Es hat lange gedauert, bis ein mit den ältesten Mitteln der Bürokratie geleiteter Organismus die Situation in ihrer vollen Tragweite begriffen hat. Als sich die Verwaltung endlich entschloss, den Konkurrenzkampf gegen die Autos aufzunehmen, war es bereits zu spät. Anstatt mit einer Regeneration des verrosteten Apparates und mit einer vernünftigen Tarifpolitik zu beginnen, rief die Eisenbahnverwaltung nach Regierungshilfe, die sich in kleinlichen und böartigen Schikanen geäußert hat. Lediglich aus diesem Grunde hat Palästina einen so hohen Schutzzoll für Benzin wie kein anderes Land der Erde. Als dieses Mittel auch nicht verfiel, ging man zu dem Versuch über, die unbequeme Konkurrenz durch die Einführung ungebührlich hoher Lizenzen für Autobesitzer totzumachen. Hand in Hand damit geht eine Sabotage des Strassenbaus, die wenigstens für die wichtigsten Linien das Monopol der Eisenbahn aufrechterhalten soll.

Die Antwort hierauf war eine Gegenwehr der Chauffeure und Autobesitzer, die sich in einer übernationalen Liga organisierten. Da sämtliche Unterhandlungen wegen der Abstellung der vorhandenen Beschwerden an der Kurzsichtigkeit der offiziellen Stellen scheiterten, die einmal die überkapitalisierte Eisenbahn retten und die milchende Kuh des Benzinzolls am Leben erhalten wollten, kam es zum Ausbruch des offenen Konflikts, in dem beide Nationen Palästinas eine bisher noch nicht dagewesene Solidarität zeigten.

Wegen ihrer Sachlichkeit und der bedeutsamen Rückwirkungen auf die Wirtschaft eines so kleinen Landes wie Palästina war die Bewegung von der Sympathie der gesamten Bevölkerung getragen, bis sich herausstellte, dass hinter der Szene politische Einflüsse nicht ganz unwirksam gewesen sind. Der Vorsitzende des Schutzverbandes der Chauffeure und Automobilbesitzer, einer der Führer der mohammedanischen Opposition gegen den Mufti, Hassan Sedky Bey el Daschany geriet in den Verdacht, aus unbekanntem Quellen namhafte Subsidien für die Propaganda und für den Streikfond erhalten zu haben. Dieser Wink hat genügt, um die politische Polizei auf diese Spur zu setzen und angeblich soll es gelungen sein, Dokumente aufzufangen aus denen hervorgeht, dass der tatarische Gesandte Sowjet-Russlands in Dschiddah, Ibrahimow, Daschani 2 500 Pfd. zur beliebigen Verwendung überwiesen hat.

Der Beweis für diese Behauptung ist zwar bis jetzt noch nicht erbracht, aber die Sache der Chauffeure ist dadurch diskreditiert und die Chauffeure sind gezwungen worden, sich mit einigen unwesentlichen Erfolgen zu begnügen, und ihre Bewegung zu stoppen, ehe sie eigentlich in gang gekommen war.

Die Gegenstände aller dieser wirtschaftlichen Kämpfe sind den russischen Drahtziehern nur Nebensache. Sie sehen darin nur eines der Mittel zur Verwirklichung für die neueste Parole der sowjetrussischen Orientpolitik, die nach dem Scheitern der Bemühungen um einen aus Russland, der Türkei, Persien und Afghanistan bestehenden russischen Vierbund neuerdings die Schaffung einer Föderation arabischer Sowjetrepubliken bestehend aus dem Irak, Syrien, Palästina und Arabien fordert. Es handelt sich bei diesem Projekt nur um die Auffrischung der alten Idee des Grossarabischen Reichs unter russischer Führung mit der Spitze gegen England, wobei der Versuch gemacht wird, den arabischen Massen durch die Erweckung der uralten orientalischen Leidenschaft, der Fremdenfeindlichkeit, den nötigen revolutionären Elan zu geben.

SPD. Braunschweig, 5. Sept. (Eig. Drahtb)

Obgleich sich die Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig für nur einen Minister erklärt hat, wollen die Nationalsozialisten ihren Willen durchsetzen und einen zweiten Minister stellen. Sie haben sich jetzt auf den früheren Konrektor Klagges aus Benneckenstein im Harz geeinigt. Gegen Klagges

schwebte, als er noch Konrektor der Zwergmittelschule in Benneckenstein war, vor dem Disziplinarhof in Erfurt ein Verfahren, das sicherlich mit seiner Dienstentlassung geendet hätte, wenn ihn nicht Herr Franzen vor Beendigung des Verfahrens nach Braunschweig als Regierungsrat geholt hätte. Klagges wurde von ihm zum Hilfsreferenten für das Volksschulwesen ernannt. Er ist ein unerträglich Vielredner und Phrasenheld und dürfte den Rechtsparteien schwer im Magen liegen.

Vorläufig muss man noch bezweifeln, dass die Volksparteiler diesen Mann wählen werden, zumal sie ja durch die Notverordnung des Herrn Franzen in die Lage versetzt sind, zunächst mit einem Minister auszukommen.

SPD. Wilhelmshaven, 5. Sept. (Eig. Dr.)

Bei der Reichsmarine in Wilhelmshaven wurde ein Matrose von der Flotte unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet. Es wird zurzeit noch untersucht, in welcher Weise er seine Spionagetätigkeit ausgeübt und welchen Umfang sie hatte.

SPD. Die fünfte Bundestagung des Grenzmärkischen Provinzialverbandes des Evangelischen Bundes, die am 16. und 17. August in Schlochau stattfand, und fast noch mehr eine sich daran anschliessende und offenbar noch nicht beendete Pressefehde wirft ein interessantes Streiflicht auf die immer enger werdende Verbindung von Nationalsozialismus und gewissen Kreisen der evangelischen Kirche. Dass die Comenius-Buchhandlung in Schneidemühl, die unter Beteiligung der durch den Devaheimskandal peinlichst berühmt gewordenen Inneren Mission errichtet wurde, den Vorverkauf für nationalsozialistische Parteiveranstaltungen übernimmt, sei nebenbei erwähnt.

Typischerweise wurde auch auf dem fünften Bundestag des Provinzialverbandes des Evangelischen Bundes mehr über nationalistische als über religiöse Fragen gesprochen. In den einzelnen Reden findet man eine heitere Blütenlese an hakenkreuzpastoralen Beschränktheiten. So begrüßte Bundesdirektor Fahrenhorst den Nationalsozialismus "als Bewegung", weil in ihm ein frischer nationaler Auftrieb begrüßt werden müsse; in einer zweiten Rede bezeichnete ihn der Redner als "eine Gottesfügung". Von dem Zentrumsblatt "Die Grenzwatch" scharf angegriffen, behauptet aber nun der Evangelische Bund am 2. September im "Geselligen", dass der Bund für diese Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und Gott nicht verantwortlich sei; der Satz sei ein "Versehen", es hätte nur von einer "nationalen Bewegung" die Rede sein sollen. Nun, wenn diese Ausrede mit dem "Irrtum in der Berichterstattung" richtig sein sollte, so dürften sich die besorgten Katholiken doch keinesfalls mit dieser Feststellung beruhigen, da in derselben, die Katholiken so verstimmenden Rede bitter Klage darüber geführt wurde, dass die massgebenden Führer des Nationalsozialismus wie Hitler, Goebbels und Strasser Katholiken seien. Ueberhaupt, so schrieb der "Gesellige" seinerzeit referierend, fehle bisher "die grundsätzliche Einstellung zur Konfession". Ohne Lösung der konfessionellen Frage sei kein Drittes Reich möglich.

Uebrigens sind auch die Sorgen des Herrn Fahrenhorst um Deutschlands Zukunft recht hübsch. Hier findet man in derselben Nummer des "Geselligen" die wohl einzigartige Blüte: Die Zukunft eines Grossdeutschlands müsse nordisch-protestantisch sein mit den Stützpunkten Königsberg, Berlin, Wittenberg, Wartburg. Das südliche Grossdeutschland habe aber seine Stützpunkte in Wien, München, Mainz und Köln mit einer Wittelsbachschen oder Hansburgischen Monarchie.

Die Naivität dieses von schlechter geschichtlicher Bildung genährten Geredes wird höchstens noch von seiner Unsinnigkeit übertroffen. Immerhin kann

kann man verstehen, wenn sich ernsthaft kirchlich eingestellte Menschen über solche "Kirchenpolitik" entsetzen. Es wird nicht mehr lange dauern, und wir werden Jesusbilder sehen, auf denen der Heiland neben der Dornenkrone das Hakenkreuz tragen wird.

SPD. Madrid, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der Generalstreik der Syndikalisten erreichte am Freitag in Barcelona den Höhepunkt. Es fand ein mehrstündiges Feuergefecht zwischen der Zivilgarde und den im Gebäude des Bausyndikats verschanzten Streikenden statt, wobei es 6 Tote und 26 Verwundete, darunter 6 Polizisten, gab.

Die Städte Taragona und Gerona hatten sich dem Generalstreik angeschlossen. Obwohl bis 2 Uhr nachmittags der Generalstreik als erledigt galt, hörten die Schiessereien bis zum Abend nicht auf. 200 Personen wurden verhaftet. Am Sonnabend dürfte die Arbeit endgültig wieder aufgenommen werden.

SPD. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatte sich am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des nationalsozialistischen Blattes in Bochum, Dr. Piclum, wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Hertz zu verantworten. Piclum hatte in einem Artikel behauptet, dass der Abg. Dr. Hertz sich für ein paar Stunden "sitzen" bei einem Schiedsgericht der Berliner Volksbühne ein Honorar von 10 569 Mark habe auszahlen lassen und dieses Geld verprasst und versoffen habe. Der Angeklagte, der durch den Rechtsanwalt Dr. Neubert vertreten wurde, versuchte überhaupt nicht, den Wahrheitsbeweis für seine unwahre Behauptung und seine wüsten Schimpfereien anzutreten. Rechtsanwalt Landsberg als Verteidiger des Privatklägers beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark und Publikationsbefugnis in mehreren Zeitungen.

Das Gericht schloss sich dem Antrag des Privatklägers in vollem Umfang an und verurteilte Piclum wegen Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 30 Tagen Gefängnis und sprach dem Privatkläger die Befugnis zu, das Urteil über den Angeklagten im Vorwärts, im Völkischen Beobachter und dem nationalsozialistischen Blatt in Westfalen zu veröffentlichen. In der Begründung wurde ausgesprochen, dass das Gericht auf eine so hohe Strafe erkannt habe, weil der Angeklagte, der bereits wegen verleumderischer Beleidigung vorbestraft sei, ein höchstes Mass von Leichtfertigkeit an den Tag gelegt habe und sich von einer niedrigen Gesinnung und der Absicht habe leiten lassen einen politischen Gegner ohne jeden Beweis mit Schmutz zu bewerfen.

SPD. Genf, 5. September (Eig. Drahtb.)

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat das Gutachten des Haager Gerichtshofes über den österreichisch-deutschen Zollunionsplan bekanntgegeben. Das Urteil hat folgenden Wortlaut :

Der Haager Gerichtshof beschliesst mit acht gegen sieben Stimmen: Ein Zollregime zwischen Deutschland und Österreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Prinzipien des Protokolls vom 19. März 1931 ist nicht vereinbar mit dem Protokoll Nr. 1 gezeichnet in Genf am 4. Oktober 1922. Dieses Gutachten ist gleichzeitig in englischer und französischer Sprache abgefasst. Der französische Text gilt als authentisch. gez. Adatschi, Generalsekretär Hammerskjöld

Das Gutachten besteht aus drei Teilen: 1. dem Rechtsgutachten, datiert vom 5. September 1931, 2. dem abweichenden Gutachten der Minderheit von sieben Richtern und 3. einem Sondergutachten des früheren Präsidenten Anzilotti (Italien). Die Minderheit von sieben Richtern: der Präsident Adatschi und die Mit-

glieder des Gerichtshofes Kellogg, Professor Schücking, Baron Rolin-Jaequemin-Belgin, Sir Cecil Hurst-England, von Cysinga-Holland, Wang-China erklären sich dem Gutachten des Gerichtshofes nicht anschliessen zu können und haben daher ein gemeinsames abweichendes Minderheitsgutachten abgegeben; es kommt zu der Feststellung, dass das zwischen Deutschland und Österreich in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehene Zollregime vereinbar ist, sowohl mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain als auch mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922.

Die Richter Fromageot (Frankreich), Graf Rostworowski (Polen), Altamira (Spanien), Negresko (Rumänien), Guerro (San Salvador), Urrulia (Columbien) und Bustamento (Kuba) erklären, dass ein Zollregime zwischen Österreich und Deutschland, das in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehen sei, einen Akt darstelle, der geeignet sei, die Unabhängigkeit Österreichs in Frage zu stellen und aus diesem Grunde unvereinbar sei mit dem Genfer Protokoll und gleichfalls mit dem Vertrag von St. Germain.

Der frühere Präsident des Gerichtshofes Anzilotti (Italien) erklärt in seinem Sondergutachten, dass er sich grundsätzlich dem Gutachten des Haager Gerichtshofes anschliesst, jedoch über die Motive einer anderen Auffassung sei.

Die Urteilsbegründung führt aus: Österreich ist ein empfindlicher Punkt in der europäischen Ordnung und seine Existenz ist ein wesentliches Element der politischen Regelung in Europa, die dem Kriege folgte. Artikel 88 des Vertrages verpflichten Österreich, ohne ihm ein absolutes Veto mit Bezug auf die Preisgabe seiner Unabhängigkeit oder auf Handlungen, die geeignet zu ihrer Beschränkung wären, aufzuerlegen, in gewissen Fällen die Zustimmung des Völkerbundsrats zu erlangen. Andererseits sieht das Wiener Protokoll keine Klausel vor. Unter Veräusserung der Unabhängigkeit ist jede freiwillige Handlung des österreichischen Staates zu verstehen, die ihn seine Unabhängigkeit einbüssen lässt oder seinen souveränen Willen demjenigen eines anderen Staates unterordnet. Schliesslich muss der Zweck der Verpflichtung Österreichs sich jeder Handlung, die dazu angetan ist, seine Unabhängigkeit zu gefährden, zu enthalten, so aufgefasst werden, dass jede Handlung ausgeschlossen sein soll, von der man nach vernünftigem Ermessen annehmen kann, dass sie diese Unabhängigkeit in Gefahr bringt.

Das enthält für Österreich die Verpflichtung, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch zu beeinträchtigen, dass es einem anderen Staat eine Sonderbehandlung oder ausschliessende Vorteile gewährt, die seine Unabhängigkeit zu bedrohen geeignet sind. Das Gutachten sagt weiter: Dass die Errichtung der Zollunion mit Deutschland an sich nicht einen Akt der Veräusserung der Unabhängigkeit Österreichs darstellt, kann kaum bestritten werden, denn Österreich hört dadurch nicht auf, innerhalb seiner Grenzen ein besonderer Staat mit eigener Regierung und eigener Verwaltung zu sein, und wenn nicht mit Rücksicht auf die Gegenseitigkeit, die der geplante Vertrag rechtlich oder tatsächlich vorsieht, so kann man doch wenigstens mit Rücksicht auf die Kündigungsmöglichkeit sagen, dass Österreich juristisch die eventuelle Ausübung seiner Unabhängigkeit behält. Man kann sogar behaupten, dass die Unabhängigkeit Österreichs im Sinne des Artikels 88 nicht eigentlich gefährdet ist und dass infolgedessen vom juristischen Standpunkt kein Widerspruch zu diesem Artikel besteht. Dagegen ist es schwer, zu leugnen, dass die geplante Zollunion eine "Sonderbehandlung" darstellt und dass sie für Deutschland gegenüber Österreich "Vorteile" vorsieht, von denen dritte Mächte ausgeschlossen sind.

Die gemeinsame Auffassung der Minderheit erklärt, dass sie in dem Gutachten keine Gründe gefunden habe dafür, wie diese Zollunion die Unabhängigkeit Österreichs gefährden könnte, wenn das Gutachten selbst sagt, dass das von dem Wiener Protokoll vorgesehene Regime keine Veräusserung der Unabhängigkeit Österreichs darstellen würde. Nach Ansicht der Minderheit hat sich der Gerichtshof nicht mit Erwägungen oder Folgerungen politischer Natur zu befassen, da von ihm ein Gutachten über eine juristische Frage - eine Auslegung von Tex-



ten - verlangt worden ist. Die Minderheit stellt fest, dass Artikel 88 von St. Germain dazu bestimmt war, die dauernde Existenz Österreichs als eines besonderen Staates zu sichern. Sie erinnert daran, dass die Unabhängigkeit eines Staates nicht berührt wird, wenn er in Beschränkungen seiner Handlungsfreiheit einwilligt, denen er zustimmen kann, wenn er dadurch nicht auf seine organische Macht verzichtet. Im Genfer Protokoll hat Österreich im Hinblick auf eine besondere Situation die Verpflichtungen erneuert, die es schon im Artikel 88 eingegangen war, wobei die Formulierung zur Anpassung an diese Lage leicht abgeändert war. Die Klausel des Protokolls, die für Österreich das Verbot festlegt, irgendeinem Staate ein Sonderregime oder Sondervorteile zuzugestehen, die seine Unabhängigkeit bedrohen könnten, bedeutet in keiner Weise eine Ausweitung der im Artikel 88 enthaltenen Verpflichtung. Nachdem die Minderheit eingehend ihre Gründe für diese Ansicht dargelegt hat, gelangt sie zu der Schlussfolgerung, dass jeder Akt, der eine Verletzung der von Österreich im Protokoll übernommenen Verpflichtung darstellen würde, gleichermassen die Verletzung des Artikels 88 bedeuten müsste, und dass sonach, wenn das von dem Wiener Protokoll vorgesehene Regime mit dem Artikel 88 im Einvernehmen steht, es nicht unvereinbar mit dem Genfer Protokoll sein könnte. Die Minderheit kann weder annehmen, dass im allgemeinen eine Zollunion eine Gefahr für die Unabhängigkeit der beteiligten Staaten darstellt, noch zugeben, dass das im Wiener Protokoll vorgesehene Regime im ganzen als unvereinbar mit den Verpflichtungen Österreichs gelten könnte, wenn keine einzelne Bestimmung dieses Protokolls da ist. Eine solche Bestimmung ist aber nicht vorhanden.

SPD. Haag, 5. September (Eig. Drahtb.)

Die öffentliche Sitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs wurde pünktlich 10 Uhr im grossen Sitzungssaal des Friedenspalastes vom Präsidenten Adatschi eröffnet. Obwohl man allgemein dieser Sitzung nicht mehr mit der grossen Spannung entgegensah, mit der dies ohne die bekannten Vorgänge in Genf der Fall gewesen wäre, hatte sich doch noch eine aussergewöhnlich zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden, unter der sich fast alle Mitglieder des Haager diplomatischen Korps und eine grössere Anzahl holländischer und ausländischer Pressevertreter befanden. An den Tischen der Parteien hatten für Deutschland Professor Dr. Bruns, für Österreich Professor Dr. Kauffmann Platz genommen, während die Gegenseite nur durch ihre Haager Gesandten vertreten war. Zunächst verkündete der Präsident die Begründung zu dem damaligen Beschluss des Gerichtshofs, durch den der Antrag Österreichs auf Zubilligung eines Richters ad hoc zurückgewiesen worden ist. Sodann wurde der Text der Haager Entscheidung verlesen.

SPD. Essen, 5. September (Eig. Drahtb.)

In der Wirtschaft Thönnes kam es zu einem politischen Wortwechsel, an dem sich mehrere Nationalsozialisten beteiligten. Aus der Diskussion entstand eine blutige Schlägerei. Hierbei wurde der Nationalsozialist Quandt durch einen Stich in die Brust tödlich verletzt. Der Musiker Heidenreich, ebenfalls Nationalsozialist, erhielt lebensgefährliche Messerstiche in die Nieren. Der Kellner Döring, der von den Nationalsozialisten zunächst provoziert und misshandelt worden war, wurde durch Messerstiche in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Die Polizei nahm bisher drei Verhaftungen vor.

SPD. Die Lösung des seltsamen Mietvertrages, der den Nazis ein der Stadt Berlin gehörendes Haus ausliefern wollte, ist nun doch erfreulicherweise auf eine Art erfolgt, die für die Stadt Berlin kein materielles Opfer bedeutet. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt dazu mit: Weder die Stadt noch eine der in der Presse erwähnten Gesellschaften (Berliner Nord-Südbahn A.G., Berolina Grundstücks A.G. in Liquidation, Berliner Baustudien A.G. in Liquidation) haben eine Entschädigung oder Abfindung gezahlt. Die für das Zustandekommen des Vertrages verantwortlichen Direktoren haben vielmehr von sich aus dem Mieter aus eigenen Mitteln die Aufwendungen ersetzt, die von ihm nach den vertraglichen Bestimmungen für die Instandsetzung der Räume verausgabt waren. Das Haus wird am Mittwoch geräumt sein. Direktor Doktor Bousset hat schon vor mehreren Tagen freiwillig seinen Rücktritt als Vorstandsmitglied der Berliner Nord-Südbahn A.G. angeboten. Hierüber wird in der kommenden Woche der Aufsichtsrat zu entscheiden haben.

-----

SPD. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde in einer kürzlich im Preussischen Wohlfahrtsministerium abgehaltenen Besprechung allgemein das Bedürfnis betont, zur wirksamen Bekämpfung der Not des kommenden Winters in der öffentlichen Fürsorge mehr als bisher durch Naturalleistungen, insbesondere Volksspeisungen, Verabreichung von Brot, Kartoffeln, Holz und Kohle zu helfen. In ländlichen Bezirken besteht die Möglichkeit, die erforderlichen Mengen teilweise durch Entgegennahme an Steuerstatt vom Erzeuger aufzubringen. Die Art der Durchführung der Naturalversorgung erweist sich jedoch als stark örtlich und zeitlich verschieden bedingt, sodass sich eine Regelung im Gesetzeswege nicht empfiehlt. Die Durchführung soll daher der Entscheidung der örtlichen Wohlfahrtsbehörde überlassen bleiben. Um diese anzuregen, wird das aus verschiedenen Landesteilen vorliegende Material bekanntgegeben werden, ohne dass eine der bereits angewandten Arten der Naturalversorgung als vorbildlich empfohlen werden soll.

-----

SPD. Paris, 5. September (Eig. Drahtb.)  
Briand ist am Sonnabend-Abend in Paris eingetroffen und reist am Sonntag-Vormittag nach Genf ab, wo er Frankreich bei der Völkerbundsversammlung vertreten wird.

-----

SPD. Paris, 5. September (Eig. Drahtb.)  
Das Gutachten des Haager internationalen Gerichtshofes über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung hat in hiesigen politischen Kreisen und in der Rechtspresse eine gewisse Verstimmung hervorgerufen, da die Verurteilung nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt ist und ausser Frankreich alle Grosstaaten sich für die deutsch-österreichische These ausgesprochen haben. Die Zeitungen drücken sich aber sehr vorsichtig aus und legen das Hauptgewicht darauf, dass der Zollunionsplan vom juristischen Standpunkt als unzulässig erklärt worden ist. So schreibt der "Temps": "Man wird nicht verfehlen, die Bedingungen, unter denen das Gutachten des Gerichtshofes zustande gekommen ist, und die Argumente zu diskutieren, die von den Richtern für oder gegen die beiden bestehenden Thesen herangezogen worden sind. Diese Streitigkeiten werden aber angesichts des vorliegenden Gutachtens, das die Zollunion vom juristischen Standpunkt aus verurteilt, unnütz sein." Weniger zurückhaltend drückt sich das "Journal des Débats" aus, das das Gutachten für beunruhigend hält und verlangt, dass die interessierten Regierungen vom politischen Standpunkt aus die notwendigen Massnahmen treffen, um den Anschluss, von dem die Zollunion nur die

Anfangsform sein würde, immer zu verhindern. Man werde in den nächsten Woche sehen, ob der Völkerbundsrat imstande sei, in dieser Angelegenheit eine nützliche Aktion zu unternehmen, oder ob er sich darauf beschränken werde, einer gefährlichen Entwicklung zuzuschauen.

SPD. Am 26. Juli 1931 forderte der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, der frühere Sozialdemokrat Küster, zu jener Zeit jedoch bereits Mitglied der Kommunistischen Partei, auf einer Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Hagen die Delegierten, soweit sie Mitglieder der SPD wären, zu einer besonderen Besprechung auf. In dieser Zusammenkunft legte Herr Küster die Gründe für die Zusammenkunft dar. Ihr Zweck sei, "den Grundstein zu legen zu einer neuen Partei oder den Anschluss an ein neues radikales linksgerichtetes Gebilde zu suchen". Das solle durch die Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" geschehen.

Die Gründung dieser "Arbeitsgemeinschaft" erfolgte auf jener Tagung. Es wurde ein Ausschuss von 5 Personen gewählt, der Zustimmungserklärungen sammeln und Verhandlungen mit nahestehenden Gruppen und Kreisen aufnehmen sollte. In einem Zirkular, das die "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" am 7.8.1931 herausgab, teilte sie die Versendung von Werbeblocks mit und betonte: "Inzwischen werden wir Verhandlungen mit oppositionellen Gruppen aufnehmen..." Die Zeitschrift "Das andere Deutschland", das Organ der Friedensgesellschaft, vom 29.8.1931 erklärt auf "mehrfache Anfragen", dass der kommunistische Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft Fritz Küster an der Gründung der "Arbeitsgemeinschaft" beteiligt sei.

In einem kleinen Parteiort haben infolge jener Aktion einige Parteigenossen den Austritt aus der Partei mit ihrem Beitritt zu der "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" begründet. Aus alledem ergibt sich, dass es sich um eine gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtete Organisationsgründung handelt, die den Charakter einer kommunistischen Hilfsorganisation trägt.

Der Parteivorstand beschloss in seiner Sitzung vom 4. September: "Die Zugehörigkeit zur "Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" ebenso jede Unterstützung dieser Organisation ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

SPD. Paris, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes Arthur Fontaine wurde am Sonnabend auf dem Montparnasse-Friedhof in Paris beigesetzt. Zahlreiche politische und diplomatische Persönlichkeiten, darunter verschiedene Minister, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, Vertreter des deutschen und spanischen Botschafters, Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets und eine Delegation von Bergarbeitern aus dem Saargebiet in ihrer Berufskleidung wohnte der Bestattung bei. Nach der Einsegnung des Sarges, die vorher in einer Kirche stattgefunden hatte, wurden dem Verstorbenen durch Kolonial-, Artillerie- und Kavallerietruppen die militärischen Ehren erwiesen. Auf dem Friedhof hielt ausser Albert Thomas der Minister für öffentliche Arbeiten Deligne eine Rede, in der er der Verdienste Fontaines um die französische Sozialgesetzgebung und die internationalen Arbeitsabkommen gedachte.



SPD. Genf, 5. Sept. (Eig. Drahtber.)

Wie am Sonnabend hier in Genf bekannt geworden ist, enthält der Bericht des Hohen Danziger Kommissars Drawina die Feststellung, dass die Verwirrungen in der Frage des Parteistreits weitergehen. Er schildert die Zusammenstöße im Juni, das Ermächtigungsgesetz, das Entstehen des Ermächtigungsgesetzes und des Pressekebelungsgesetzes. Der Senat habe einige befriedigende Erklärungen abgegeben, über die praktische Wirksamkeit seiner Massnahmen. Es sei noch nicht zu sehen, dass diese Massnahmen wirksam geworden wären. Unglücklicherweise seien die persönlichen Beziehungen zwischen den Senatspräsidenten Dr. Ziehm und dem polnischen Gesandten Strassburger noch nicht befriedigend. Es bestehe aber Grund zu der Hoffnung, dass sie die Behandlung von Angelegenheiten öffentlichen Interesses nicht berühren würden und dass es möglich sein wird, in einer ruhigeren Atmosphäre und daher in einem konzilianteren Geiste auf beiden Seiten die Probleme bezüglich der besonderen Situation Danzigs zu prüfen. Es werden einige Streitfälle erwähnt über die Danziger Hafenverordnungen gegen Matrosen der polnischen Kriegsmarine.

Dann fährt der Bericht fort, es müssten aber als zweifellos sehr störend zwischen den freundschaftlichen Beziehungen Danzigs und Polens gewisse Demonstrationen erwähnt werden, die im Gebiet der freien Stadt von Rechtsparteien sowohl deutscher wie Danziger Bürger organisiert wurden, während denen nationalistische Forderungen für die Rückkehr Danzigs an das Reich ausgesprochen worden seien. Auf polnischer Seite seien diese Demonstrationen als Beweis angesehen worden für die Tendenz der allgemeinen Politik der freien Stadt, nach Deutschland statt zu Polen zu dirigieren, während zu gleicher Zeit wirtschaftliche Privilegien von Polen und seinem Hinterland erbeten würden. Der Bericht schildert die furchtbare wirtschaftliche und finanzielle Situation Danzigs und betont besonders, dass es wünschenswert sei, die Verhandlungen über die Beendigung der polnischen Einwanderung in Danzig zu einem Abkommen zu führen. In einem Ergänzungsbericht wird auf die grosse Gefahr hingewiesen, die das Scheitern der Verhandlungen über die Benutzung des Hafens durch polnische Kriegsschiffe darstelle. Nach Ablauf der Frist vom 15. September, bis zu der sich Danzig eine Entscheidung Polens über die Einholung der vorherigen Erlaubnis ausgedungen habe, werde Danzig dann von ihm verlangen, festzustellen, dass Polen zur "direkten Aktion" übergegangen sei. Der Hohe Kommissar bittet daher den Rat zum Schluss zu entscheiden, ob im Falle der Weiterbenutzung im strittigen Sinne durch Polen eine direkte Aktion vorliege oder nicht. In einer der Beilagen wird auch die von Monat zu Monat wachsende Schädigung Danzigs durch den Hafen von Gdingen eindringlich dargestellt und durch Zahlen belegt.

SPD. Der Reichskanzler empfing am Sonnabend in Gegenwart des Reichsernährungsministers und des Reichsministers Treviranus die in der Grünen Front vereinigten Führer der Landwirtschaft aus allen Teilen des Reiches. Nach dem die anwesenden Herren die allgemeinen Sorgen und diejenigen ihrer besonderen Gebiete vorgetragen hatten, machte der Reichskanzler ausführliche Bemerkungen über die allgemeine Lage im Rahmen der welt- und volkswirtschaftlichen Entwicklungsgänge und die sich hieraus ergebende Politik insbesondere auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Im Anschluss hieran nahmen die anwesenden Reichsminister zu den einzelnen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

SPD. Köln, 5. Sept. (Eig. Drahtber.)

Der Prokurist einer angesehenen Kölner Grossfirma hat nach vorläufigen Feststellungen rund 100 000 Mark unterschlagen. Unter dem erdrückenden Beweismaterial hat er seine Schuld eingestanden.

SPD. Frankfurt/M., 5. Sept. (Eig. Dr.)

In einer zentralen Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend Gross-Frankfurt konnte durch die Meldungen der Distrikte festgestellt werden, dass im Zeitraum von zwei Wochen, die seit dem Reichsjugendtag in Frankfurt verfließen sind, die Mitgliederzahl der SAJ Gross-Frankfurt sich um 25 Prozent gehoben hat.

SPD. Paris, 5. September (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung aus Tokio ist am Sonnabend früh im Hafen von Yokohama auf dem japanischen Kreuzer "Notoro" ein Gasbehälter explodiert. Sechs Personen wurden durch den Luftdruck über Bord geschleudert und ertranken. 30 Mann der Besatzung wurden verletzt. Aus Furcht vor weiteren Explosionen hat der Kreuzer sofort den Hafen verlassen. Zwei andere Kreuzer bemühen sich, das infolge der Explosion auf dem "Notoro" ausgebrochene Feuer zu löschen, das in kurzer Zeit grosse Ausdehnung annahm.

SPD. Genf, 5. September (Eig. Drahtb.)

Der Beratung des Europaausschusses lag heute der Bericht des Redaktionsausschusses an die Vollversammlung des Völkerbundes vor. Er enthält im wesentlichen alle im Bericht des Koordinationskomitees bereits aufgezählten Vorschläge. Zwei auffallende Lücken sind aber darin enthalten. Es fehlt der sogenannte Franqui-Plan für die Industriekreditbank und jedes Wort über die Behandlung des Litwinowschen Antrages auf Abschluss eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes. Einleitend erklärte der Vorsitzende Motta zum letzten Punkt, er sei der Meinung, dieser Antrag müsse dem Wirtschaftskomitee des Völkerbundes überwiesen werden. Litwinow verhöhnte den merkwürdigen Umstand, dass für alle möglichen Fälle die Europakommission Unterausschüsse eingesetzt habe, nun aber plötzlich für seinen Vorschlag das Gleiche nicht tun könne. Wenn die Europakommission sage, sie sei unzuständig, dann ziehe er den Antrag zurück. Er wisse aber nicht, ob seine Regierung sich nicht jetzt zurückziehe. Er mache daher den Vorschlag, den Antrag entweder dem Zehnerausschuss der Europakommission oder einem besonderen Unterausschuss zu überweisen. Curtius machte Bedenken gegen Litwinows ersten Vorschlag, die Ueberweisung an das Expertenkomitee, geltend, der seine Arbeiten für beendet erklärt habe. Dagegen unterstützte er besonders warm und aussergewöhnlich sehr geschickt, den zweiten Vorschlag um Einsetzung eines Spezialausschusses für den Nichtangriffspakt. Nur die praktische Frage der Begründung des Antrages, sagte Lord Cecil, sei hier noch zu untersuchen. Die Vorschläge von Curtius komplizierten die Arbeit bedeutend. Sie belasten auch die Regierungs- und Sachvertreter zu sehr. Der Plan müsse im Wirtschaftskomitee besprochen werden, da im Europaausschuss eine grosse Anzahl von Völkerbundsmitgliedern nicht vertreten sei. Ciancavelli-Italien schloss sich Litwinow an.

Für die Türkei erklärte Perufik Ruchdi Bey die unbedingte Unterstützung des russischen Vorschlages auf Verweisung an ein Spezialkomitee, während Zaunius-Litauen für den glücklichen Vermittlungsvorschlag Deutschlands eintrat. Das gleiche tat der Vertreter Irlands. Flandin bezeichnet es als gleichgültig, welcher Kommission der Antrag überwiesen werde. Auf Antrag Curtius wurde mit Zustimmung Litwinows beschlossen, die Vollversammlung um Autorisation zu bitten für die Bildung eines Spezialkomitees zur Beratung des Nichtangriffspaktes.

Wäre es Herrn Litwinow gelungen, den Abschluss seines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes zu erreichen, so wäre zum erstenmal in der Geschichte das bolschewistische mit dem kapitalistischen System durch einen völkerrechtlichen Akt aufs engste verbunden worden. Dagegen wehrten sich die Vertreter der kapi-

talistischen Wirtschaft auf das entschiedenste. So auch der französische Finanzminister Flandin, der mit einer geschmeidigen und wegen ihrer Form stark applaudierten Rede in dieser und anderen Sitzungen der Katze die Schelle umhängte. Er erwähnte die Mängel des Litwinowschen Entwurfes, wie das Fehlen der Bestimmungen des Angriffes, Ungenauigkeit der Definition des Angreifers u.a.m. Aber vor allem sei der Unterschied der Wirtschaftssysteme entscheidend. Die Sowjetregierung habe die gesamte Wirtschaft Russlands völlig in der Hand, während die anderen Vertragspartner sehr geringe Einflussmöglichkeiten auf ihre Privatwirtschaft hätten. Das heisst mit anderen Worten, dass der Vertragsentwurf völlig auf russische Bedingungen zugeschnitten sei, dass Russland daher alle Rechte in den anderen Staaten erhalte, und selber keine bei sich einräumen wolle. Das alles aber sagte kein einziger Redner. Auch Lord Cecil, der dem geschickten Vorschlag von Curtius auf Einsetzung eines Spezialkomitees widersprach, machte nur Ausreden über Komplizierung der Arbeit und Ueberlastung der Regierungsvertreter und Experten. In Wahrheit wollte man allein sein unter den kapitalistischen Staaten, um die geschickte Geste Russlands zu erledigen.

Erst nach Litwinows Replik sprach wiederum Flandin die wirklichen sachlichen Gegenstände aus. Der wirkungsvolle Antrag von Dr. Curtius erreichte schliesslich die Zustimmung der Versammlung, so dass mit Hilfe Deutschlands und Italiens unter Zustimmung Frankreichs der Antrag Litwinows endlich seine gebührende Behandlung erhielt.

-----

SPD. Köln, 5. September (Eig. Drahtb.)

In Köln waren beim Volksentscheid die Wahlvorstände meist mit Mitgliedern der Volksentscheidsparteien besetzt, weil die Sozialdemokraten und auch die Zentrumsleute ihre Zeit für die erbärmliche Aktion der Hakenkreuzler und Kommunisten nicht opfern wollten. Die Wahlvorstände hatten ihre Brüste zum Teil mit grossen Hakenkreuzen geschmückt. Manche verteilten den "Westdeutschen Beobachter" im Wahllokal oder trieben anderen Unsinn. Die Folge dieser einseitigen Besetzung der Wahllokale war, dass es nicht immer ehrlich bei der Auszählung der Stimmzettel zugeing. In einem Wahlbezirk z.B. erklärte der Nazi-Wahlvorstand trotz der Proteste eine Anzahl von Stimmzetteln, die weder angekreuzt noch überhaupt in ihrer Entscheidung kenntlich gemacht waren, einfach als gültige Ja-Stimmen. Diese Vorgänge haben die Stadtverwaltung in Köln veranlasst, in eine Nachprüfung der Ergebnisse einzutreten. In dem amtlichen Untersuchungsergebnis erklärt die Stadtverwaltung jetzt zusammenfassend folgendes: "Auf die Gültigkeit des Volksentscheids selbst haben die an sich zu bedauernden Verstösse (politische Abzeichen der Wahlvorstände, Zeitungsverbreitung usw.) keinen Einfluss. Die Vermutung ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass einzelne Stimmzettel zu unrecht als gültig erklärt wurden."

Wenn schon in Köln die Mogelei der Nazis amtlich festgestellt wird, wie mag erst in den agrarischen Gebieten gemogelt worden sein!

-----

SPD. Köln, 5. September (Eig. Drahtb.)

In der Nahrungsmittel und Getränkeindustrie des Rheinlandes haben zum Zwecke der Lohnsenkung die Lohntarife gekündigt der Arbeitgeberverband der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, die Konditoreninnungen in Köln und Bonn, der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Mühlen, die Fassfabrikanten und Küfermeister für Rheinland und Westfalen und die Brotfabrikanten des Regierungsbezirks Köln.

SPD. Aachen, 5. September (Eig. Drahtb.)

Durch einen Schiedsspruch wurde in der Aachener Nadelindustrie der Teuerungszuschlag ab 1. Oktober von 42 auf 30 Prozent herabgesetzt. Das bedeutet einen Lohnabbau von rund acht Prozent. Die neuen Löhne gelten bis zum 31. Januar 1932.

SPD. Das Rechtsgutachten, das der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag am Sonnabend Vormittag offiziell verkündet hat, setzt einen Schlussstrich unter die Episode der deutsch-österreichischen Zollunion. Der Völkerbundsrat wird am Montag in Genf diese Entscheidung zur Kenntnis nehmen, vermutlich, ohne dass sich daran noch irgendeine besondere Debatte anschliesst, und damit wird dieser unselige Streit, der im letzten halben Jahr die europäische Atmosphäre vergiftet hat, auf lange Zeit begraben sein. Wäre das Mehrheitsverhältnis unter den Richtern der Haager Cour umgekehrt gewesen und würde das Gutachten für Deutschland und Österreich sozusagen "günstig" ausgefallen sein, dann drohte der Kampf aufs neue und in womöglich noch gefährlicherer Form zu entbrennen, weil sich Frankreich und seine Bundesgenossen für diesen Fall das Recht vorbehalten hatten, das ganze Problem abermals, diesmal aber nicht mehr unter juristischen, sondern unter politischen Gesichtspunkten vor dem Völkerbundsrat aufzurollen. Das formale Recht zu einem solchen Vorstoss, z. B. unter Berufung auf den Artikel 11 des Völkerbundstatuts, stand Frankreich zweifellos zu. Ein solches Vorgehen hätte aber im deutschen Volke ungeheure Erbitterung hervorgerufen, der Kampf hätte die Zerrissenheit Europas noch mehr vertieft, und dies zu einer Zeit, in der die Weltwirtschaftskrise umgekehrt eine internationale Zusammenarbeit der Nationen auf politischem, finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete dringender denn je erheischt. Unter diesem realpolitischen Gesichtspunkt betrachtet, ist das namentlich für Österreich "ungünstige" Rechtsgutachten der acht Richter vom Haag letzten Endes wahrscheinlich noch die beste Lösung für Deutschland. Und es gibt vielleicht keine schlimmere Anklage gegen die Väter des verunglückten Planes als die Erkenntnis, dass ein Obsiegen im Haag dem deutschen Volke womöglich noch teurer zu stehen gekommen wäre als die erlittene Niederlage.

Rein juristisch gesehen, ist übrigens diese Niederlage durchaus ehrenvoll. Schon das Stimmenverhältnis 8:7 beweist, wie schwierig die aufgeworfenen Rechtsfragen auch für die nächsten Kapazitäten des Völkerrechtes zu beantworten waren. Die nationalistische Presse, die sich selbst nur zu einer Form des internationalen Rechts bekennt, nämlich zum Recht des Stärkeren, und die jede Form der friedlichen Schlichtung von Konflikten, sei es durch den Völkerbund, sei es durch den Haager Gerichtshof, verwirft, ist mit ihrem eigenen Urteil über das Haager Urteil sehr schnell bei der Hand: sie verdächtigt die Mehrheit, nach rein politischen Gesichtspunkten gehandelt zu haben, also nicht nach juristischem Gewissen. Sie versucht, die Verfasser des Mehrheitsgutachtens dadurch zu lächerlich zu machen, dass sie die drei latein-amerikanischen Richter, die ihr angehören, gewissermassen als Vertreter minderwertiger Staaten hinstellt. Es fehlt nur noch die Unterstellung, dass sie von Frankreich gekauft worden wären.

Dass die Anbeter des wilhelminischen Zeitalters auf diese Weise die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu diskreditieren versuchen, weil sie selbst nur an die Macht der Waffen glauben, an das Faustrecht des Mittelalters, ist nicht verwunderlich. Die gesamte fortschrittliche Welt wird von solchen Verdächtigungen entschieden abrücken. Wir wollen deshalb ausdrücklich feststellen, dass, so sehr auch wir die juristische Konstruktion der acht für anfechtbar halten, und so sehr wir mit dem Minderheitsgutachten der sieben darin übereinstimmen, dass die Begründung des Mehrheitsgutachtens zum Teil sehr dürftig ist, dennoch gewichtige Rechtsgründe dafür sprachen, dass die

Zollunion zwischen Deutschland und Österreich in einem gewissen Gegensatz zum Genfer Protokoll von 1922 gestanden hätte. Dieses Protokoll mag wohl den "guten Sitten" widersprochen haben. Es wurde damals Österreich in seiner höchsten Not abgepresst. Es ging noch einen Schritt weiter als der gleichfalls unmoralische Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, in dem es Österreich untersagte, sich auch seiner wirtschaftlichen "Selbständigkeit" zu begeben und besondere Vorteile anderen Staaten zu gewähren. Aber so weit ist man im Völkerrecht noch nicht, dass man den Begriff des Verstosses gegen die guten Sitten bei der Auslegung eines internationalen Vertrages berücksichtigt.

Andererseits erfüllt es die deutsche Öffentlichkeit mit Genugtuung, dass die Rechtsvertreter so gewichtiger Staaten wie England, Amerika und Holland den deutschen Standpunkt unterstützt haben. Alle Achtung insbesondere vor dem belgischen Richter Rollin-Jacquemyns, der, obwohl selber einer der Unterzeichner des besagten Genfer Protokolls von 1922 und obwohl Angehöriger einer Nation, die sonst im politischen und geistigen Fahrwasser Frankreichs segelt, das Minderheitsgutachten mit unterzeichnet hat. Gerade sein Beispiel ist die beste Rechtfertigung für den Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, und es zeugt dafür, dass die Richter vom Haag tatsächlich nach bestem juristischen Gewissen entschieden haben. Denn es geht natürlich nicht an, nur die Herren, die mit dem deutschen Professor Schücking für die Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion eingetreten sind, für anständige, unparteiische, unabhängige Richter zu erklären, den anderen dagegen politische oder gar noch schlimmere Motive zu unterstellen.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



Im Berliner Zollmuseum.

Eine seltene Sammlung - Die Akademie des Schmuggelns - "Der Mensch in der  
zer Jammer - -"

SPD. In diesen Tagen der erneuten Diskussion um die deutsch-österrei-  
sche Zollunion sei daran erinnert, dass es in Berlin ein der Öffentlichkeit  
nicht zugängliches Zollmuseum gibt; wann werden einmal alle Zollfragen noch  
von musealem und historischem Interesse sein?

+

Das ist sicher: Einmal wird das Zollmuseum in Berlin, das einzige seiner  
Art in ganz Deutschland, auf unsere Nachkommen ebenso absurd und lächerlich  
wirken wie auf uns etwa eine mittelalterliche Goldmacherwerkstatt oder ein Per-  
petuum mobile. Aber auch dem Zeitgenossen kommt in diesem Museum deutlicher als  
durch die Lektüre von hundert Zeitungsartikeln und Wirtschaftsbüchern zum Be-  
wusstsein, in welcher verrückten Epoche wir zu leben verurteilt sind und wel-  
che tollen Blüten menschliche Unzulänglichkeit zu treiben vermag. Der Öffent-  
lichkeit ist die Sammlung nicht zugänglich - schliesslich hat die Behörde kein  
Interesse daran, dem Publikum beizubringen, wie sie am besten betrogen werden  
kann. Die Sammlung ist vielmehr als Lehrmuseum für junge Zollbeamte gedacht, die  
hier den Schmuggel in jeder vorkommenden Form kennen und bekämpfen lernen sol-  
len.

Zunächst kann man eine Reihe hübscher historischer Schaustücke besichtigen.  
Da sind uralte Amtsschilder der Zollbehörden aus der Zeit der Duodezfürsten-  
tümer aufgehängt: aus jener Zeit, da alle paar Kilometer weit ein Schlagbaum  
den Weg sperrte und Grenzsoldaten die Hofschatullen füllen helfen mussten;  
Schilder der Zollbehörden in Lippe, Oldenburg, Hamburg, Lübeck, Pyrmont. Aus  
der Zeit vor der Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahre 1834 stammen die  
"Grenzer"-Uniformen der preussischen, bayrischen, sächsischen Zollbehörden, die  
heute ihre Zollrechte dem Reich überlassen. Ferner ist eine ausgedehnte Sammlun-  
g von Waffen, die Schmugglern abgenommen wurden, zu sehen: vom Schnellfeuerrevol-  
ver modernster Konstruktion bis zur primitiven Schusswaffe, die aus alten Fahr-  
fadenteilen montiert wurde. Bilder und Fotos zeigen die Zollabfertigung von An-  
toback bis zu der am Tempelhofer Flugplatz, Zollerhebung und Schmuggel auf ver-  
schneiten Gebirgsplätzen und auf stürmischer See, gefährliche Erlebnisse und  
Abenteuer der Organe des Staates mit finster dreinblickenden, bärtigen, raffini-  
erten Schmugglern. Sehenswert sind auch die alten Geldschränke, Kassenbehälter  
und Geldtransportkisten, von denen die meisten ein meterlanges Gewirr handge-  
feilter Riegel, Schubstangen, Zuhaltungen, Alarmglocken haben, das durch einen  
Riesenschlüssel beim Öffnen in Bewegung gesetzt wird. Ein moderner Geld-  
schrankknacker hätte trotz all dieser komplizierten Vorrichtungen kaum eine Mi-  
nute Arbeit damit. Daneben sehen wir Brennstempel für Holz und Vieh zum Grenz-  
transport und eine wertvolle Sammlung alter und neuer Siegelmarken und Siegel-  
matrizen, von denen manche noch Milliardenzahlen aus der Inflationszeit aufwei-  
sen.

Ein Zimmer weiter ist eine komplette Falschdruckerei für Zigarettenbände-  
rollen aufgebaut; sie wurde vor einiger Zeit entdeckt und ausgehoben. Die Fäl-  
schungen, die durch "schwarze" Strassenhändler verkauft wurden, waren in Litho-  
graphie so ausgezeichnet ausgeführt, dass sie erst durch vielfache photographi-  
sche Vergrößerung erkannt werden konnten. In einem Glaskasten stehen Zigaret-  
tenschachteln und Zigarrenkästen, mit deren Hilfe der Banderolenzwang umgangen



wurde: sie haben doppelte Böden oder doppelte Oeffnungen zum Nachfüllen der Ware.

Im Hauptraum des Zollmuseums aber fasst uns der Menschheit ganzer Jammer an. An den Wänden hängen Kartenausschnitte mit eingezeichnetem Verlauf der Grenze. Hier streckt sich ein kilometerlanger Finger der Tschechoslowakei sinnlos in deutsches Gebiet hinein, nicht breiter als ein paar Dutzend Meter; auf beiden Seiten der Grenze aber müssen Tag und Nacht die Zollbeamten der zwei Staaten Wache halten! Dort stehen vier, fünf Modelle, plastisch ausgeführt, von Gehöften, durch deren Scheune oder Wohnhaus die Grenze mitten hindurch verläuft. Der Bauer, der in seiner Baulichkeit wohnt, schläft in Deutschland, frühstückt aber in Holland oder Böhmen. Andere Grenzzüge verlaufen wie durch Dörfer, schlängeln sich zwischen den Häusern hindurch, über Strassen hinweg, ohne Sinn und Zweck. Man bedauert die Zollwächter, die auf solch schwierigem Gelände ihre Arbeit verrichten müssen; und man sieht die Unmöglichkeit ein, etwa auf einem Gehöft zwischen der einen, deutschen, und der anderen, holländischen, Tür auf Jagd nach geschmuggelter Ware zu gehen...

Hunderte von Schmugglerhilfsmitteln und Modellen, Bildern und Schemazeichnungen machen das Zollmuseum zu einer Akademie des Schmuggelns. Man erfährt, wie das Ventil einer Lokomotive als Versteck dienen kann, welche Geheimbehälter in einem Eisenbahnabteil eingerichtet werden können; wie scheinbar harmlose Fischerkutter im Wasser Schmuggelware hinter sich herziehen, wie statt Fischen Schnaps transportiert wird, wo auf Dampfern und Segelbooten Geheimräume ausgespart werden, die den Augen der Zollbehörde entzogen werden sollen. Ein sorgfältig ausgeführtes Modell eines Eisenbahnwagens fällt besonders auf; es ist die Arbeit eines Schmugglers, der dazu fünf Jahre im Gefängnis Zeit hatte: er bildete naturgetreu die Verstecke nach, die er im Waggondach angelegt hatte, um vom Abort aus mittels einer "Blinddecke" seine Ware hinein- und herausbefördern zu können. Das Ganze verehrte er der Gefängnisverwaltung "zum Andenken"... Wir sehen Schmugglerwesten aus Blech, Armschienen, Kammern mit doppelten Böden, ausgehöhlte Baumstämme zum Salvorsantransport, Koffer mit Geheimräumen, Bücher, die statt Lektüre Zigaretten enthalten, hohle Bauchbinden, Behälter, die Hundchen umgebunden werden, hohle Holzhämmer, Möbelwagen mit doppelter Decke, ausgehöhlte Brotlaibe, Aktentaschen mit Geheimverstecken...

Wozu dies alles? fragt man sich kopfschüttelnd. Was für armselige Menschen die sich auf diese Art ihre paar Groschen erswindeln! Sie haben nicht gestohlen und geraubt und müssen doch als Verbrecher vor den Augen des Gesetzes fliehen. Der Wahnwitz der heutigen Wirtschaftsordnung tritt nackt und nüchtern zutage aus diesen Ausgeburten illegalen Raffinements. Wahrhaftig, man sollte dieses Zollmuseum per Express nach Genf befördern. Auch Diplomaten können manchmal etwas lernen. - -

Ela.

+ + +  
Dampferkatastrophe. An der Ostspitze von Cornwall sank der 573 Tonnen grosse englische Dampfer "Opal" aus Glasgow. Der Kapitän und der erste Ingenieur ertranken. Das Schiff war mit einer Ladung Mais auf der Fahrt von Antwerpen nach Cardiff unterwegs.

+ + +  
Puccini-Ehrung. Die italienische Stadt Torre del Lago, der Geburts- und Beisetzungsort des vor einigen Jahren verstorbenen Komponisten Puccini, wird in Torre Puccini umgetauft werden.

+ + +  
Marconi-Experiment. Der mit Studien über Fern-Energieübertragung beschäftigte Erfinder Wilhelm Marconi beabsichtigt in der Nacht zum 16. Oktober, anlässlich des Jahrestages der Entdeckung Amerikas, von einem italienischen Hafen aus ein Feuerwerk in Rio de Janeiro in Gang zu setzen.

+ + +

Ein moderner Turm von Babel. In der Avenue des Champs Elysées, jener Prachtstrasse im westlichen Paris, die den Konkordeplatz mit dem Triumpfbogen verbindet, hat eine New Yorker Grossbank einen riesigen modernen Palast für ihre Pariser Filiale erbauen lassen, den man als einen neuen Turm von Babel bezeichnen kann, denn an seiner Errichtung haben durch Stellung von Arbeitskräften und durch Lieferung der Baumaterialien zahlreiche Völker der alten und neuen Welt mitgewirkt. Der erste Architekt ist Amerikaner, der Chefingenieur Brasilianer. Die Ziegelsteine, der Sandstein und der Marmor stammen aus Frankreich. Die Bauarbeiter sind Franzosen, die Spezialisten, nämlich die Gips-, Zement- und Mosaikarbeiter dagegen Italiener. Das Stahlgerippe der Bank ist aus den Vereinigten Staaten importiert und wird von Franzosen montiert. Die elektrischen Apparate sind amerikanischer und schweizerischer Herkunft. Die Ventilationsapparate sind in Deutschland hergestellt, die Trocknungsapparate in der Schweiz. Die meisten Völker haben an der Wasserinstallation zusammengearbeitet: die Anlage ist amerikanischer Konstruktion, aber in Deutschland hergestellt und wird von Franzosen montiert, die unter Aufsicht schweizerischer Spezialisten arbeiten. Die Telephon- und Klingelanlage, die Fahrstühle und die Geldschränkstammen aus Amerika und werden auch von Amerikanern eingebaut. Die Teppiche sind natürlich aus dem Orient eingeführt. Die Holzmöbel sind in Frankreich gekauft, die Stahlmöbel dagegen in Deutschland. Das Linoleum schliesslich ist englischer Herkunft.

+ + +

Kriegsschiffexplosion. An Bord des im Hafen von Yokohama liegenden japanischen Kreuzers Motore ereignete sich eine Explosion. Ein Teil der Besatzung wurde über Bord geschleudert; sechs Mann ertranken. Zahlreiche Matrosen wurden durch Splitter verletzt.

+ + +

Wieder mal Klante. In Berlin ist der bekannte Wettkonzernschwindler Max Klante erneut verhaftet worden. Klante hatte einen "Verein der Sportfreunde" gegründet und offenbar von neuem versuchen wollen, sich aufgrund schwindelhafter Manöver am Geld der Wetter zu bereichern. Die Untersuchung der Polizei ist noch nicht abgeschlossen.

+ + +

Geständnis Karl Streckers. Der Schriftsteller Karl Strecker hat unter der Wucht des von der Kriminalpolizei zusammengetragenen Belastungsmaterial vor dem Potsdamer Untersuchungsrichter das Geständnis abgelegt, seine Villa in Klein-Machnow bei Berlin vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Strecker wollte sich durch die seit Wochen vorbereitete Tat in den Besitz der Versicherungssumme von 50 000 Mark setzen. Er erklärt: "Ich befand mich in einer furchtbaren Lage und hatte den Plan gefasst, gemeinsam mit meiner Frau freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Endlich kam ich auf den Gedanken, dass es besser sei, die Versicherungsgesellschaft zu schädigen, die es nicht allzu schwer empfinden würde, als zwei Menschenleben den unglücklichen Verhältnissen zu opfern." Strecker, der die Tat allein ausgeführt haben will, ist mit ausserordentlich kühler Ueberlegung vorgegangen. Er war in der Nacht vor dem Brande in Weimar und liess sich noch zu später Stunde von einem Kellner einen Grog aufs Zimmer bringen. Er machte bei dieser Gelegenheit den Kellner darauf aufmerksam, dass er die späte Bestellung genau im Gedächtnis behalten solle; seine Erinnerung daran könne noch einmal sehr wichtig sein. Kaum hatte der Kellner das Zimmer verlassen, schlich sich Strecker zum Bahnhof, fuhr kurz nach 3 Uhr mit dem Schnellzug nach Berlin, war bereits schon gegen 8 Uhr morgens in Klein-Machnow und steckte sofort seine bereits entsprechend präparierte Villa in Brand. Um 8 Uhr 50 morgens fuhr Strecker nach Weimar zurück, wo er gegen mittags ankam; im Hotel verlangte er sofort wieder den Kellner zu sprechen, der ihm den Grog gebracht hatte.

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Die Not der Landarbeiter.

SPD. Wer ist ihnen auf Wanderungen oder während des Urlaubs nicht schon begegnet, den hageren, ausgemergelten Landproletariern mit ihren sonnengebräunten und wetterharten Gesichtern. Und doch kennen nur die wenigsten Stadtbewohner das harte Schicksal der 3 Millionen Proletarier, die auf dem Lande leben und jahraus, jahrein in heisser Sonnenglut und bei Wind und Wetter gegen kargen Lohn bei den Gutsbesitzern schuften und dabei oft bittere Not leiden.

Es ist durchaus nicht so, dass alle, die auf dem Lande leben, immer satt zu essen haben. Bittere Not herrscht in den Landarbeiterkaten genau so, wenn nicht in noch grösserem Umfange, wie in den Mietskasernen der Städte. Wie soll es auch anders sein bei einem Gesamtstundenlohn eines erwachsenen vollwertigen Deputatarbeiters z.B. in Brandenburg von 41,62 Pfg. 25,12 Pfg. pro Stunde davon bekommt er in Deputaten (Werkwohnung, Kartoffel- oder sonstiges Land, Feuerung, Roggen, Gerste, Kartoffeln, Heu) und nur 16,50 Pfg. pro Stunde in bar. Das macht bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit pro Woche einen Barlohn von 9,20 Mk. aus. Davon gehen dann noch die Abzüge für die Sozialversicherung ab. Von dem wenigen, was übrig bleibt, sollen die fehlenden Lebensmittel gekauft, Kleidungsstücke für die Familienmitglieder angeschafft und die Ausgaben für Verbandsbeitrag, Zeitung usw. bestritten werden. Aehnlich wie in Brandenburg sind die Entlohnungsverhältnisse in den anderen Provinzen Deutschlands, z.T. ist dort der Lohn etwas höher, z.T. etwas niedriger. In den östlichen Provinzen Deutschlands macht der Deputatlohn den grössten Teil des Lohnes aus, und in den südlichen und westlichen Provinzen der Barlohn. Besonders in Pommern, aber auch sehr oft in anderen Provinzen, wird die Zahlung dieses Höchstlohnes, oft sogar die Einstellung überhaupt, aber noch davon abhängig gemacht, ob sich der Deputant verpflichtet, seine Frau oder einen oder zwei sogen. Hofegänger zur Arbeit zu stellen, die dann für einen noch wesentlich niedrigeren Lohn arbeiten müssen.

So kommt es, dass eine Landarbeiterfamilie, die drei Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, oft ungefähr nur so viel zusammen verdient, wie ein Bauhilfsarbeiter in derselben Provinz. Die Löhne der sogenannten Freiarbeiter sind ähnlich wie die der Deputanten eher noch etwas niedriger; die Freiarbeiter bekommen auch Deputate, ausser Werkwohnung, in der Hauptsache aber Barlohn.

Es nimmt nicht Wunder, wenn unter diesen Umständen bitterste Not in der Landarbeiterschaft herrscht. Die Krämer und Kaufleute in den Dörfern können davon erzählen, wie arg verschuldet ein Teil der Landarbeiter bei ihnen ist. Neuanschaffungen von Kleidungsstücken etc. sind für die Landarbeiter, wenn überhaupt, so nur in ganz ungenügendem Umfange möglich.

Diese materielle Not, verstärkt durch die zu einem grossen Teil äusserst schlechten Wohnverhältnisse und durch die oft brutale Behandlung seitens der Arbeitgeber, ist es in der Hauptsache, die viele tausende Landarbeiterfamilien veranlasst, dem Lande den Rücken zu kehren und in die Städte zu ziehen. Man bezeichnet diese Erscheinung allgemein die Landflucht, in Wahrheit ist es aber eine Landverdrängung. Wären die Verhältnisse für die Landarbeiter bessere, verspürte kein Landarbeiter Lust, in die Städte zu ziehen und hier das Arbeitslosenheer zu vergrössern. Diese Wanderung vom flachen Land in die Städte reisst

auch jetzt nicht ganz ab, wenn sie auch selbstverständlich wesentlich gehindert wird durch die enorme Arbeitslosigkeit in den Städten.

Die Arbeitszeit der Landarbeiter ist je nach Jahreszeit verschieden. Sie beträgt im Jahre ungefähr 2900 Stunden. Genau festgelegt und auf die Jahreszeiten verteilt ist sie in den Tarifverträgen, die sich, vor allem in Bezug auf die Arbeitszeit, an die vorläufige Landarbeitsordnung von 1919 anlehnen müssen. Danach beträgt die Arbeitszeit in 4 Monaten im Jahre durchschnittlich 8, in 4 Monaten durchschnittlich 10 und in weiteren 4 Monaten durchschnittlich 11 Stunden täglich.

Das Bemühen der gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter zielt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hin. Vor allem soll wenigstens überall die 11. Arbeitsstunde beseitigt werden. Rationalisierung und Technisierung der Landarbeit geben heute auch praktisch die Möglichkeit zu einer Verkürzung der Arbeitszeit selbst während der Erntemonate. Das Problem der Arbeitszeitverkürzung wird auch durch die ebenfalls in der Landwirtschaft ständig zunehmende Arbeitslosigkeit immer dringender. Arbeitermangel herrscht heutzutage zu keiner Zeit mehr in der Landwirtschaft, so gern es auch von den landwirtschaftlichen Unternehmern immer wieder zur Erlangung der Bewilligung von ausländischen Arbeitskräften behauptet wird. Ende Februar d.J. wurden von den Arbeitsämtern 257 083 verfügbare Arbeitsuchende in der Landwirtschaft gemeldet, und Ende Juni betrug ihre Zahl noch 106 491. Während der Hochsaison in der Landwirtschaft, im Monat August, wurden im vorigen Jahre 59 252 verfügbare Arbeitsuchende in der Landwirtschaft gemeldet. In diesem Jahre wird ihre Zahl noch um ein wesentliches höher sein. Doch diese Zahlen drücken noch nicht die vollständige Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft aus. Ein Teil der Landarbeiterschaft ist nicht in der Arbeitslosenversicherung versichert; für sie besteht also kein Zwang, ihre Arbeitslosigkeit dem Arbeitsamt zu melden. Die Landarbeiter tun es auch oft gar nicht, eben weil wenig oder gar keine Aussicht besteht, dass sie vermittelt werden. Diese arbeitslosen Landarbeiter wandern dann selbst von Hof zu Hof, von Gut zu Gut und fragen um Arbeit nach, bewerben sich auf Annoncen in den Zeitungen oder bieten sich selbst in den Zeitungen an. Bei der Arbeitsuche erlebt es der Landarbeiter oftmals, dass der Inspektor oder Gutsbesitzer sagt:

"Ja, Arbeit ist schon da; welcher Partei gehören Sie an?" Antwortet der Arbeitsuchende, dass er keiner Partei angehöre, wird er gefragt, ob er dem Stahlhelm oder den Nazis beitreten wolle. Lehnt der Arbeiter das ab, weil er es nicht mit seiner Ueberzeugung vereinbaren kann, dann bemerkt er bei dem Gutsgewaltigen nur noch ein Achselzucken - und er kann weiterwandern.

Arbeitslosigkeit trifft die Landarbeiter aber noch schwerer als die Industriearbeiter. Durch das System der Werkwohnungen auf dem Lande verliert der Landarbeiter mit seiner Arbeitsstelle auch gleichzeitig die Wohnung für seine Familie. Zu allen Sorgen also, die die Arbeitslosigkeit gemeinhin schafft, tritt bei den Landarbeitern noch die Sorge um das Unterkommen für seine meist recht zahlreiche Familie. Zwar stehen oft Werkwohnungen leer, die Arbeitgeber bestehen aber auf ihr "Recht", die entlassenen Landarbeiterfamilien auf die Straße zu setzen. Lieber lässt man einen Teil der Wohnungen leer stehen und verfallen, als sie arbeitslosen Landarbeitern gegen eine geringe Miete zu überlassen.

So leiden tausende und abertausende Landarbeiterfamilien bittere Not angesichts der sich füllenden Scheunen und Speicher; so erwarten sie den Winter, der ihnen gleichzeitig die letzte Hoffnung auf eine Arbeitsmöglichkeit nimmt.

SPD. Der internationale Hutarbeiterbund hat Ende August in Kopenhagen seinen 12. Kongress abgehalten, auf dem 7 Länder, Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Tschechoslowakei, Schweden und Dänemark vertreten waren, während England dem Kongress einen Bericht zugestellt hatte. Der Kongress erörterte einen Antrag betreffend Zusammenschliessung des Bundes mit dem internationalen Bekleidungsarbeitersekretariat. Dieser Plan wurde bis auf weiteres abgelehnt. Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

"Der Kongress des internationalen Hutarbeiterbundes erhebt dagegen Protest, dass die Unternehmer jetzt wieder versuchen die Folgen ihrer verfehlten Massnahmen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Dazu gehört in erster Linie die fortschreitende Einschränkung der Männerarbeit und der Ersatz der Männer durch Frauen und Jugendliche in solchen Stationen, wo grosse Gefahren für die Gesundheit der betreffenden Arbeiter bestehen, sowie die Verwendung von Jugendlichen an gefährlichen Maschinen. Die Hutarbeiterschaft ist sich bewusst, dass diese Massnahmen nur eine andere Form des Lohndrucks darstellen, indem an die Stelle der höher entlohten Männerarbeit, Frauen und Jugendliche verwendet werden. Eine Besserung der Lage ist nur dann möglich, wenn es gelingt, das Missverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch zu beseitigen. Deshalb fordert die Hutarbeiterschaft, dass endlich mit den verfehlten Lohnabbau-massnahmen Schluss gemacht wird. Nur durch die Steigerung des Reallohns, der Verkürzung der Arbeitszeit, sowie der Abkehr von der schutzzöllnerischen Handelspolitik ist eine Besserung der Lage möglich. Wenn die Hutarbeiterschaft sich erfolgreich gegen die Folgen der Fehlrationalisierung wehren will, dann ist der feste organisatorische Zusammenschluss national wie international erforderlich. Deshalb fordert der Kongress alle unorganisierten Hutarbeiter und -Arbeiterinnen auf, sich den zuständigen Landesorganisationen anzuschliessen und teilzunehmen an dem Kampf gegen Unternehmerwillkür und kapitalistische Ausbeutung."

Zentralstelle des internationalen Bundes bleibt wie bisher Altenburg in Deutschland; der nächste Kongress wird in Deutschland abgehalten.

-----

SPD. Die Notwendigkeit der deutsch-niederländischen Zusammenarbeit der Fabrikarbeiterverbände wegen der Verhältnisse in der Kunstseide-Industrie wird in einem Propagandablatt des Niederländischen Fabrikarbeiterverbandes entschieden betont. Bisher war es nicht möglich, einen Tarifvertrag bei den AKU-Fabriken in Arnhem und Ede und bei der Holländischen Kunstseide-Industrie in Breda zu erreichen. Diese Fabrikanten sind jedoch mit den deutschen Fabrikanten in dem ENKA-Glanzstoffkonzern vereinigt und bilden zusammen die AKU oder Allgemeine Kunstseide-Union. In Deutschland, wo die Kunstseide-Industrie der chemischen Industrie zugerechnet wird, hat der Deutsche Fabrikarbeiterverband einen Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie. Nur bei energischer Unterstützung seitens des deutschen Verbandes werde es möglich sein, auch auf holländischer Seite zu einem Tarifvertrag zu gelangen. Der Niederländische Fabrikarbeiterverband hat daher eine Konferenz von Delegierten aller an die AKU-Betriebe in Deutschland und Holland angeschlossenen Fabrikarbeiter dem deutschen Verband vorgeschlagen, um zu gemeinsamen Arbeitsrichtlinien zu kommen.

-----

SPD. Der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Strassenbahnen hat das bestehende Lohnabkommen zum 30. September 1931 gekündigt. Etwa 44 Bahnen in Rheinland und Westfalen werden von dieser Massnahme betroffen.

-----

# Wirtschaft Technik Handel

Die unheimliche Schere.

(Der Vierteljahrsbericht des Konjunkturforschungsinstituts.)

SPD. Die diesmalige Vierteljahrsveröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung unterstreicht die Notwendigkeit eines radikalen Umbaus der deutschen Lohnpolitik. Im Anschluss an die Finanzkrise ist das Einkommen der breiten Massen weiter gesunken, hat sich die Produktion weiter vermindert. Ein Ausgleich durch Export ist unmöglich. Die Ankurbelung kann nur vom Inlandsmarkt her kommen. Dazu gehört aber Kaufkraftsteigerung.

Die Lage in der Weltwirtschaft wird vom Institut wie folgt beurteilt: "Die rückläufige Entwicklung setzt sich in allen kapitalistischen Volkswirtschaften fort. In Europa beginnt nach dem Ausbruch der deutschen Kreditkrise eine Welle neuer Wirtschaftsschrumpfung. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die von der europäischen Kreditkrise weniger berührt sind, stehen im Zeichen von Produktionsrückgang. Auf den Weltrohstoffmärkten hält die Preisbaisse an. Die Lagervorräte sind unvermindert hoch, z.T. wachsen sie noch an. Die Kapitalmärkte haben sich nicht entspannt, obgleich die Anlagetätigkeit in fast allen Ländern ausserordentlich gering war. Die Verringerung des Kreditvolumens führt zwangsläufig zu weiteren Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit in den mittel europäischen Ländern; im übrigen Teil der Weltwirtschaft kann mit kompensierenden günstigeren Entwicklungstendenzen zunächst nicht gerechnet werden."

Für die Konjunktur in Deutschland Anfang September wird bemerkt: "Starker Deflationsdruck, geschaffen durch scharfe Kreditabzüge der ausländischen Gläubiger, verbindet sich mit sinkendem Verbrauchseinkommen. Der Inlandsmarkt wird infolgedessen weiter eingeengt. Die in den Vorgängen vom 13. Juli gipfelnde Vertrauenskrise hat so die Konsolidierungstendenzen, die sich im Verlauf des ersten halben Jahres stellenweise anzudeuten begannen, schon im Keime erstickt. Unter dem Zwang der Verhältnisse ist bei rückgängiger Einfuhr und zunehmender Ausfuhr der Aktivsaldo im Aussenhandel schnell gestiegen. Dadurch ergibt sich für den Devisenmarkt eine gewisse Entlastung. Angesichts der hohen kurzfristigen Auslandsverschuldung ist jedoch eine durchgreifende Erleichterung kaum zu erwarten. Die Lage an den Exportmärkten macht es auch nicht wahrscheinlich, dass der deutschen Industrie eine ausreichende Kompensation des ihr auf dem Binnenmarkt entstehenden Absatzausfalles gelingen wird."

Das charakteristische Merkmal in der deutschen Konjunktorentwicklung ist die Schrumpfung des Masseneinkommens. Das Konjunkturforschungsinstitut macht den Versuch einer Berechnung, deren Ergebnis, was mehrmals in der Darstellung eingehend betont wird, weit hinter der wirklichen Einkommensverminderung zurück bleibt. Nach dieser Berechnung ist im zweiten Vierteljahr 1931 das Arbeitseinkommen um rund 1,25 Milliarden Mark niedriger gewesen als im Vorjahr. Dazu kommen noch umfangreiche Belastungen des Einkommens, die durch die Finanzierung der Arbeitslosenhilfe notwendig geworden sind. Für das Gesamteinkommen der Beamten wird gegenüber dem Jahre 1930 für das Kalenderjahr 1931 eine Verminderung um 8,4 Prozent = 750 Millionen Mark angenommen.

Bei dieser angenommenen Nominalsenkung des Arbeitseinkommens um 12 Prozent - die Senkung ist z.B. schon bei den beschäftigten Arbeitnehmern weit grösser - ergibt sich für das zweite Vierteljahr 1931 bei den Kosten der gesamten Lebens-



haltung nach der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 6,7 Prozent, bzw. wenn der Juli 1931 berücksichtigt wird, um 7 Prozent. Diese Schere, das verschiedene Tempo in der Lohnkürzung und in der Warenpreisverbilligung, bedingt weitere Verschlechterungen in der Produktion, die natürlich durch die Finanz- und Kreditkrise verschärft werden.

Während sich die Produktion im Juli auf dem Stand der Vormonate hielt, erscheint nunmehr, nach Absicht des Instituts, ein Fortgang des jetzt 3½ Jahre dauernden Konjunkturrückgangs unausweichlich. Die ersten Anzeichen dafür sind in der Auftragsgestaltung erkennbar. Wie umfassende Befragungen ergaben, haben sich die Auftragseingänge seit Mitte Juli durchweg verschlechtert. Zunehmende Arbeitslosigkeit in der Produktionsgüterindustrie, weiterer Abbau der Löhne und Gehälter vermindern das Volkseinkommen, mindern den Absatz des Einzelhandels und damit in der Verbrauchsgüterindustrie.

Eine aktive Konjunkturpolitik muss dem entgegen wirken. Nahe liegt natürlich in der Zeit der Deflation der Gedanke, das Tempo in der Warenpreisverbilligung zu beschleunigen, damit der Zusammenhang zwischen Warenpreis und Einkommen wieder hergestellt wird. Hier ist das Konjunkturforschungsinstitut äußerst pessimistisch. Nach seiner Ansicht - und man kann ihm nur beipflichten dürfte die "Preisbewegung einen völligen Ausgleich kaum bringen, wenn anders nicht die bisher nur verhältnismässig wenig oder garnicht gesunkenen Teile im Gefüge der Lebenshaltungskosten (Brotpreis, Mieten, Verkehrspreis usw.) stark herabgesetzt werden".

Das deutsche Unternehmertum träumt aber noch von einem Ausgleich durch Export. Dieser Traum wird durch das Konjunkturforschungsinstitut zerstört, indem es sagt: "Eine Belebung der Nachfrage auf den Weltmärkten, wie sie für eine reibungslose Expansion unseres Auslandsabsatzes erforderlich wäre, liegt in weiter Ferne. Will die deutsche Industrie ihren Auslandsabsatz steigern, so wird sie genötigt sein, andere Konkurrenten vom Markt zu verdrängen. Dass das nicht ohne scharfen Kampf möglich sein wird, ist besonders dann nicht zweifelhaft, wenn Grossbritannien dazu übergehen sollte, eine systematische Abschliessung seines Binnenmarktes durch Wirtschaftszölle vorzunehmen. Starke Ausfuhrsteigerungen werden nur dort zu erwarten sein, wo z.B. durch drastische Kreditkündigungen ein Notexport zu Schleuderpreisen erzwungen wird, Zu einer Kompensation des auf dem Binnenmarkt entstehenden Absatzausfalles wird sie aber nicht ausreichen."

Daraus werden das deutsche Unternehmertum und die deutsche Wirtschaftspolitik die notwendigen Schlüsse zu ziehen haben. Die Politik der Verbilligung der Gestehungskosten durch Lohndruck, um ein Warendumping in aller Welt durchzuführen und so der deutschen Industrie Beschäftigung zu geben, hat sich als katastrophal unsinnig erwiesen. Man muss zu dem vernünftigen Grundsatz zurück, dass eine Industrie nur arbeiten kann, wenn die Massen kaufen können. Daraus ist zu folgern; Schluss mit dem Lohn- und Gehaltsabbau, Aufbau und Belebung der Wirtschaft durch Lohnerhöhung und Kaufkraftstärkung.

SPD. Auf einer Kundgebung der Staatspartei in Frankfurt/Main hat auch - wir müssen sagen leider - der preussische Minister Dr. Schreiber gesprochen. Schreiber bekannte sich zum weiteren Lohndruck und erhofft die "Rettung" der deutschen Wirtschaft von weiteren Einschränkungen der Lebenshaltung. Genau an dem Tag, an dem das Konjunkturforschungsinstitut in seinem Vierteljahresbericht den Zusammenbruch der Lohndrucktheorie, die aufgrund von Lohnreduzierungen den Export steigern will, um so der deutschen Industrie Arbeit zu geben, in eindeutigen Zahlen darlegt und den schleunigen Umbau der heutigen Lohnpolitik

nach Richtung einer Kaufkraftstärkung nachweist. Ausgerechnet an dem Ort, wo noch vor zwei Tagen die deutschen Gewerkschaften tagten, deren Verhandlungen doch sicherlich Anhaltspunkte für eine positive Konjunkturpolitik gegeben haben. Zu einer Zeit, wo die Köpfe im deutschen Unternehmertum die Aussichtslosigkeit dieses mit Lohndruck erzeugten Dumpings deutscher Waren erkannt haben und zugeben. Der preussische Minister Schreiber scheint weder die Veröffentlichungen des Konjunkturforschungsinstituts zu lesen, noch hat er sich anscheinend um die Verhandlungen der deutschen Gewerkschaften bemüht, was dadurch kaum besser wird, dass Dr. Schreiber in Preussen das Handelsministerium betreut. Man muss Schreibers Ansichten im Zusammenhang auf sich wirken lassen, um die phantastische Abwegigkeit seiner Gedankengänge voll und ganz zu würdigen. Nach einem uns vorliegenden Telefonat aus Frankfurt/Main hat er folgendes gesagt:

"Die Lage der deutschen Volkswirtschaft werde vielfach deshalb unzutreffend beurteilt, weil man vergesse, dass bei einer um etwa zehn Prozent dichteren Bevölkerung, bei der Verringerung unseres gesamten Volkseinkommens und bei der Last der inneren und äusseren Reparationen eine Einkommensminderung für jeden deutschen Volksgenossen gegenüber der Vorkriegszeit unvermeidbar sei. Statt dessen sei auf Kosten der Kapitalbildung eine Konsumausbreitung künstlich hervorgerufen worden. Der überhöhte Lebensbedarf könne auf die Dauer nur auf Kosten eines weiteren Absinkens des Bedarfes weiterer Schichten aufrecht erhalten werden. Die Verteilung der gesamten Lohnsumme sei ungerecht. Eine Senkung der Löhne ermögliche allein eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, da nur dann billiger gewirtschaftet werden könne. Diese Lohnsenkung sei begründet durch eine Senkung der Lebenshaltungskosten während der letzten zwei Jahre, die mindestens 13 Prozent beträgt. Die Aufhebung der Hauszinssteuer, die auch eine psychologisch wichtige Mietsenkung um 16½ Prozent zur Folge haben soll, werde sofort neue Kredite in der Wirtschaft ermöglichen, die bisher Aufträge aus Mangel an Mitteln nicht ausführen konnte".

Man staunt über die Kolossalität - sagen's wir gelinde - dieser Harmlosigkeiten. Wenn das, was Dr. Schreiber über Einkommen, Lebenshaltung und Kapitalbildung sagte, stimmt, dann dürfte es eigentlich das letzte Jahrhundert mit seiner ungeheuren industriellen Entwicklung nicht geben, müsste an der Stelle in Berlin, wo ein preussischer Handelsminister amtiert, Dr. Schreiber märkische Kartoffeln bauen, um sich und die Seinen notdürftig zu ernähren. Für Schreiber scheint das Volkseinkommen eine konstante Grösse zu sein, was zur Folge haben müsste, da in Deutschland nur 4 Millionen Menschen lebten, wie beispielsweise nach der Zeit des 30jährigen Krieges, und nicht 63 Millionen, wie das heute der Fall ist. Technik und Maschinen existieren für Schreiber nicht. Von einer Rationalisierung, die die Arbeitsleistung verdoppelt und vervielfacht und das Unternehmer-einkommen in den hinter uns liegenden Konjunkturjahren glatt verdoppelte, scheint der preussische Handelsminister noch nichts gehört zu haben. Anders lassen sich seine Ausführungen nicht verstehen. Auch Herr Schreiber wird sich damit abfinden müssen, dass man zu Lohnerhöhungen kommen muss, wenn man die Wirtschaft wieder ankurbeln will. Das muss sich allmählich auch im preussischen Handelsministerium rumsprechen.

Von aktueller Bedeutung sind die Schreiber'schen Ausführungen über die Hauszinssteuer. Dass sich der preussische Handelsminister für die Beseitigung der Hauszinssteuer erwärmt, ist leider Tatsache. Dass ein preussischer Handelsminister aber von der Beseitigung der Hauszinssteuer, die ein Milliarden Geschenk für die Hausbesitzer ist, eine 16,5prozentige Mietensenkung, neue Kredite und Arbeitsbeschaffung erwartet, ist kaum glaublich. Deshalb dürften einige Fragen angebracht sein: Welche Ratschläge kann der preussische Handelsminister seinem Kollegen und Parteigenossen, dem preussischen Finanzminister, erteilen, um das Loch, das durch den Ausfall der Hauszinssteuer im preussischen Etat entsteht, zu stopfen? Welche Garantien hat der Preussische Handelsminister, dass die Miete wirklich um 16,5 Prozent gesenkt wird? Und welche Garantien hat er dagegen, dass eine Ersetzung der Hauszinssteuer beispielsweise durch eine erhöhte Um-

satzsteuer nicht die Lebenshaltung und damit die Gesteuerungskosten der deutschen Wirtschaft mehr belasten, als das jetzt durch die Hauszinssteuer der Fall ist? Und wo ist die Stelle, die nach Beseitigung der Hauszinssteuer so freundlich sein wird, die von Dr. Schreiber versprochenen Kredite zu geben?

Es wäre schon angebracht gewesen, wenn Dr. Schreiber in seiner Frankfurter Rede auf diese nicht ganz unwichtigen Punkte eingegangen wäre.

-----

SPD. Das Bundesreserveamt teilt mit, dass sich die nordamerikanischen Goldbestände auf 4,998 Milliarden Dollar belaufen. Das sind weit über 21 Milliarden Mark. Mit anderen Worten heisst das, dass sich 45 Prozent der gesamten Goldbestände der Welt in Nordamerika konzentrieren. Unter diesen 21 Milliarden Mark befinden sich nach Mitteilungen des Bundesreserveamtes 8,5 Milliarden Mark Kapitalflucht. Die Kapitalflucht geht bekanntlich nicht nur nach der Schweiz und nach Holland, sondern seit langem auch nach Nordamerika. Für ein einziges Land beziffert das Bundesreserveamt die Kapitalflucht auf über 3,3 Milliarden Mark. Es ist nicht gesagt, welches Land das ist. Es kann Deutschland, kann aber auch England sein. Das tut nichts zur Sache. Möglich ist diese phantastische Kapitalflucht in beiden Ländern.

-----

SPD. Die Forschungsstelle für den Handel in Berlin gibt einen Ueberblick über die Entwicklung im deutschen Gross- und Einzelhandel während des ersten Halbjahres 1931. Es zeigt sich ein weitgehendes allmähliches Sinken der Umsätze. Sie sind für den gesamten Einzelhandel wertmässig gegenüber 1930 um 12,4 %, gegenüber 1929 um 24 % gesunken. Unter der Umsatzsenkung hat der Lebensmittelhandel allem Anschein nach am wenigsten gelitten. Stärker ist die Umsatzeinbusse bei Bekleidungen aller Art. Sie ist in ihren Ausmassen allerdings nicht einheitlich. Immerhin gut gehalten sind die Umsätze bei Schuhwaren und Damen- und Mädchenbekleidung. Bei den Süsswaren, die teilweise als Luxusbedarf anzusprechen sind, liegt der Umsatzrückgang über dem Durchschnitt.

Aeusserst interessant ist die Kostenentwicklung. Wenn etwas die Unsinnigkeit der Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums beweist, dann die Unkostenentwicklung im Einzelhandel. Die Dinge liegen doch so, dass man durch Lohnsenkung usw. die Unkosten verringern wollte. Das hat man auch erreicht, grösstenteils zu Lasten der Löhne und Gehälter. Die Forschungsstelle weist für das erste Halbjahr eine Verminderung der absoluten Kosten in wichtigen Handelszweigen mit durchschnittlich 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr nach. Das ist wohl erreicht worden. Zugleich ist aber auch der Umsatz zurückgegangen. Die Unkosten verteilen sich infolgedessen auf eine geringere Anzahl von Waren. Die Unkosten, die auf die Wareneinheit entfallen, sind damit gewachsen. Die Unkostenverminderung um 7,3 Prozent bedeutet, dass in Prozenten vom Umsatz gerechnet eine weitere Kostenerhöhung eingetreten ist. Die Drosselung des Konsums und des Verbrauchs durch Lohnreduktion bringt keine Verbilligung, sondern eine Verteuerung. Das soll man im Auge behalten, angesichts der immer wieder, zuletzt auch vom preussischen Handelsminister Dr. Schreiber aufgestellten Behauptung, man könne durch Lohnsenkung zur Warenverbilligung kommen. Die absolute Senkung der Kosten ist eben eine Täuschung.

Andererseits ist die Arbeitsleistung pro Kopf trotz Lohnkürzung gestiegen worden. Man hat durch Personalabbau Einsparungen erzielt. Nun ist aber die Personalzahl, wie die Forschungsstelle feststellt, stärker verringert worden, als das der Umsatzmenge entspricht. Der Umsatz je beschäftigte Person und je Verkaufskraft ist überall um etwa 10 bis 14 % gesunken. Die Zahl der durchschnittlich auf jeden Beschäftigten entfallenden Kunden ist dagegen gestiegen. Der Beschäftigungsgrad wird also durch die Umsatzwerte allein nicht richtig

charakterisiert. Tatsache ist, dass im Handel - und in der Industrie wird es nicht anders sein - bei niedrigeren Löhnen mehr geleistet werden muss als früher.

### Verknapptes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 5. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machten sich am Sonnabend wiederum starke Preissteigerungen bemerkbar. Im allgemeinen konnten sich sowohl am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit effektiver Ware die Weizenpreise um ca. 4 Mark und die Roggenpreise um etwa 3 Mark befestigen. Hierbei waren allerdings die Umsätze ziemlich gering. Infolge der ungünstigen Witterung hat sich das Angebot der Landwirtschaft ausserordentlich verknappt, sodass die Mühlen und die Exporteure kaum Gelegenheit haben, ihren Bedarf einzudecken. Auch minderwertiges Material wie Futterweizen stand nur in geringfügigen Mengen zur Verfügung. Am Mehlmarkt hat sich die Nachfrage merklich belebt. Der Konsum zeigt grössere Kauflust, ist jedoch im allgemeinen nur bereit, die letztnotierten Preise zu bezahlen. Die Mühlen dagegen zeigen die Tendenz, ihre Forderungen den steigenden Rohmaterialpreisen anzupassen. Infolgedessen war auch hier die Umsatzfähigkeit nicht allzu gross. Am Hafermarkt hat die Zahl der vorliegenden Offerten gleichfalls abgenommen. Es ist eine weitere Verknappung an Ware eingetreten. Die Preise konnten sich um 2 - 3 Mark befestigen.

	4. Sept.	5. Sept.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	209 - 211	213 - 215
Roggen	171 - 173	174 - 176
Neue Wintergerste	152 - 161	152 - 161
Hafer	132 - 141	135 - 144
Weizenmehl	26,50 - 32,25	26,00 - 32,50
Roggenmehl	23,75 - 26,25	24,00 - 26,50
Weizenkleie	11,50 - 11,90	11,50 - 11,90
Roggenkleie	9,75 - 10,10	9,75 - 10,00
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen September 229 - 228½ (Vorteil 224½), Oktober 229-228½ (225½), Dezember 229-228½ (225½). Roggen September 187 (184½), Oktober 186½-187½ (185), Dezember 187½-187½ (185½), Hafer September 148½-147 (144½) Oktober 148 (146) Dezember 148½ (147).		

SPD. Zu den wenigen Gesellschaften, die sich über die Notwendigkeit des Kapitalschnittes, die Anpassung des Kapitals an die gesunkenen Gewinne klar geworden sind, gehört die Geb Brüder Stollwerck A.-G. in Köln. Sie teilt mit, dass mit einer Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht zu rechnen sei. Möglicherweise werde aber zu einer Kapitalreduktion in mässigen Grenzen geschritten werden, um die künftige Rentabilität sicher zu stellen. Die Umstellung der Reichardt-, Hauswaldt-, Gädtke- und der Goldinabetriebe und die Anpassung ihres Produktions- und Vertriebsapparates an die veränderten Verhältnisse werden für das abgelaufene Geschäftsjahr grössere Verluste ergeben. Sehr wahrscheinlich hat sich die Stollwerck A.G. bei der Angliederung dieser Betriebe übernommen.